

Pressemitteilung

Halbzeitbilanz 2023: Düsteres Bild im Wohnungsbau

Halbjahreszahlen liegen vor. Baugenehmigungen stark negativ

33/23

Berlin, 18.08.2023

„Die Bilanz für das erste Halbjahr 2023 zeigt im Wohnungsbau ein ungemein düsteres Bild. Nach einem erneuten Rückgang im Juni um 28 Prozent, dem neunten Monat mit einem zweistelligen Rückgang in Folge, sind im ersten Halbjahr 2023 mit 135.200 Einheiten nun insgesamt 27 Prozent weniger Wohnungen im Neu- und Umbau genehmigt worden als im Vorjahreszeitraum. Eine Besserung ist nicht in Sicht.“ Mit diesen Worten kommentiert der Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie Tim-Oliver Müller die Zahlen, die das Statistische Bundesamt heute bekanntgegeben hat. Besonders dramatisch sei die Lage im Neubau von Eigenheimen, von Januar bis Juni seien insgesamt 40 Prozent weniger Ein- und Zweifamilienhäuser genehmigt worden als im Vorjahr. Müller: „Nach wie vor sorgen Zinssteigerungen, deutlich zulegende Baukosten, nochmals erhöhte energetische Anforderungen und die Unsicherheit über das weitere Vorgehen der Politik für ein Umfeld, in dem Investoren weiter auf der Bremse stehen.“

Für Unverständnis sorgt das kategorische „Nein“ des Bundesfinanzministers für eine erleichterte Abschreibungsmöglichkeit (degressive AfA) im Wohnungsbau. „Wenn wir einen ordentlichen Schub auf dem Wohnungsmarkt wollen, muss die Bundesregierung spätestens zum Wohnungsgipfel mit dem Bundeskanzler am 25. September ein Paket mit Schlagkraft schnüren:

- die massive Ausweitung des Zinsverbilligungsprogramms der KfW,
- die Verbesserung der Abschreibungsmöglichkeiten,
- die Absenkung der Grunderwerbsteuer,
- eine Investitionszulage für öffentliche Wohnungsgesellschaften und
- die Aussetzung des EH40-Standards bei öffentlichen Förderprogrammen.

„Wichtig für private Haushalte und Investoren sind langfristig verlässliche Rahmenbedingungen. So hat sich zum Beispiel bei den Wärmepumpen die Zahl der Anträge auf Förderung im ersten Halbjahr gegenüber dem Vorjahr auf 50.000 halbiert. Dies zeigt, wie eigentlich gut gemeinte, aber schlecht gemachte und kommunizierte Initiativen die Menschen verunsichern“, sagt Müller.

Nicht viel besser sehe es im Nichtwohnungsbau aus. Das Volumen der Neubaugenehmigungen (Baukosten) sei im ersten Halbjahr real um gut 20 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum zurückgegangen. Aus dem Wirtschafts- und dem Öffentlichen Hochbau sei daher zumindest 2023 keine Entlastung für die Baubetriebe zu erwarten, so Müller.

Alle Angaben und Berechnungen beruhen auf Daten des Statistischen Bundesamtes.